

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Berlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.00 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aannahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

An die gesamte Arbeiterchaft Sachsens.

Auf Grund eines Beschlusses einer gestern abgehaltenen gemeinsamen Besprechung über die Dragesch-Transporte, die in den letzten Tagen sächsische Bahnhöfe passierten, veröffentlichten die unterzeichneten Organisationen folgenden Aufruf:

Nach einwandfreien Feststellungen sind die Organisationen der Dragesch, trotz allen Ablenkungsversuchen der rechtsstehenden Presse im vollen Aufmarsch begriffen. Die Reichsregierung und die sächsische Regierung hat in Verfolg des Friedensvertrages die Bildung illegaler Formationen und Bänden verboten. Die Leiter der Dragesch lehnen sich nicht an diese Verbote, vielmehr werden unter dem Deckmantel nationaler Phrasen auch Arbeiter und Arbeitslose, genau wie beim Balkan-Abenteuer, für diese verbrecherischen Zwecke eingezogen. Das deutsche Volk und vor allen Dingen die deutsche Arbeiterklasse müssen alles aufbieten, um diesen reaktionären Treibern, die zu den schwersten Folgen führen müssen, mit allen Mitteln entgegenzutreten. Die Eisenbahnbetriebsräte, die am ehesten in der Lage sind, die Gemeingefährlichkeit der verschleierten Dragesch-Transporte aufzudecken, sind bei der Ausübung ihrer im Interesse aller Volksgenossen gelegenen Aufgaben von solchen Bänden zum Teil schwer mißhandelt worden. Nach eingehender gemeinsamer Besprechung mit den sozialistischen Parteien und den in Frage kommenden Gewerkschaften herrschte einmütig die Auffassung, die Eisenbahnbetriebsräte in der Durchführung ihrer wichtigen Aufgabe auf das tatkräftigste zu unterstützen, Selbst nach! Duldet keine Vorbereitungen, die zu einem neuen Balkan-Abenteuer und Rapp-Putsch führen müssen.

Die Hauptbetriebsräte der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden, Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes Dresden, Sozialdemokratische Partei Sachsens, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Sachsens, Vereinigte Kommunistische Partei Sachsens.

Ein Streik gegen die Dragesch-Transporte.

Berlin, 25. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Breslau wird der Bessischen Zeitung gemeldet: Im Waldenburger Revier ist infolge des gestern ausgebrochenen Streiks, der wahrscheinlich mit den Dragesch-Transporten im Zusammenhang steht, auf sämtlichen Geusen die Arbeit niedergelegt worden. Auch die Metallarbeiter sind in den Sympathieausstand getreten. Die Führer der Gewerkschaften haben sich sämtlich gegen den Streik ausgesprochen. Vertreter der Regierung, der Oberpräsident von Niederschlesien, sowie der Breslauer Regierungspräsident und der Breslauer Oberbürgermeister verhandelten in Waldenburg mit den Leitern der Arbeiterorganisationen, da der Streik besonders für Schienen in ganz kurzer Zeit katastrophale Folgen haben kann. Eine Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute hat den Beschluß gefaßt, am Donnerstag eine Arbeitsaktion der Belegschaften vorzunehmen.

Beratungen über die Entwaffnungsfrage in Bayern.

Vor einer befriedigenden Lösung?

München, 25. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern Abend fand eine Ministerratssitzung statt, die zu der Frage der Entwaffnung der Einwohnerwehr Stellung nahm. Im Laufe des heutigen Vormittags werden weitere Beratungen stattfinden, ebenso werden heute vormittag die Parteiführer der Koalitionsparteien zu Besprechungen zusammenberufen, denen eine Gesamtsitzung der Koalitionsparteien folgen wird.

Die Süddeutsche Presse meldet dazu: „Soweit uns bekannt ist, dürfte eine befriedigende Lösung gefunden werden, so mehr, als die bayrische Volkspartei augenscheinlich unter allen Umständen und schließlich auch gegen den Widerstand der Leitungen der Einwohnerwehr eine Regelung anstreben wird, die den Verpflichtungen, die wir durch Annahme des Ultimatus auf uns genommen haben, entspricht.“ Welter meldet das Blatt: „Das Ergebnis des am Dienstagabend stattgefundenen (!) Ministerrates läßt zuversichtlich hoffen, daß eine Lösung der Einwohnerwehr- und Entwaffnungsfrage gefunden wird, so daß Bayern, wie auch das Reich und die Entente befriedigt werden.“

Weber das Resultat der gestrigen Beratungen des Ministerrates wie auch über das Ergebnis der am 23. Mai abgehaltenen Sitzung der Führer der Einwohnerwehren ist in der Öffentlichkeit nichts bekannt geworden. Als am Montag Genosse Gareis im Haushaltsausschuß des Landtages Auskunft verlangte über den Stand der Einwohnerwehrfrage und über die Absichten der bayrischen Regierung, ließ der Ministerpräsident durch den Vorsitzenden des Ausschusses erklären, daß er nicht in der Lage sei, die

gewünschten Aufschlüsse zu geben, weil er von Berlin noch keine weiteren Nachrichten über die Entwaffnungsfrage erhalten habe.

Eine englische Warnung an die Adresse Bayerns.

London, 24. Mai. Dem Reuterschen Bureau wird mitgeteilt: Obwohl die Antwort Deutschlands bezüglich der Ausführung der Einzelheiten der Entwaffnungsvorschläge erst am 31. Mai fällig ist, kann doch nicht stark genug betont werden, daß eine Verzögerung durch die bayrische Regierung in der Ausführung der von der deutschen Regierung in dieser Hinsicht übernommenen Verpflichtungen von der britischen und den andern alliierten Regierungen nicht geduldet werden wird.

Die Waffenlager der Gegenrevolution.

Die „unbewaffnete“ Dragesch.

Das thüringische Ministerium des Innern teilt amtlich mit: Am 20. Mai wurde in Weimar auf Antrag des thüringischen Ministeriums des Innern der Hauptmann a. D. Wolf v. Werder, zur Zeit wohnhaft in Friedrichroda i. Thür., durch die Staatsanwaltschaft in Haft genommen.

Herr v. Werder hatte an eine im Ausland wohnende Freundin, die Baronin R., einen von der Postüberwachungsstelle geschnittenen Brief geschickt, in welchem folgende Stelle vorkam:

„Ich bleibe vorläufig hier! Ich bekam von unserer Organisation noch zwei Monate Gehalt, weil ich ein beschlagnahmtes Waffenlager wiedergeholt habe. Mit falscher Reichswache im Auto, ein Pistol, der mir viel Spaß gemacht hat. Meine Aufgabe in W. ist vollendet. Ich habe einige Knochel, jetzt zur Gruppenleitung nach Bremen zu kommen.“

Der Herr Reichskommissar für die Entwaffnung in Berlin hatte diese Briefstelle nach hier mit der Bitte um Unternehmung der Angelegenheit übermitteln. In seiner Vernehmung im Ministerium des Innern hat Herr v. Werder u. a. erklärt, er sei Mitglied der Dragesch und für diese in der Provinz Hannover circa ein halbes Jahr tätig gewesen. Von einer Waffenschlebung sei ihm etwas bekannt, er habe dieselbe jedoch nicht selbst ausgeführt.

Ein in einem Dorse der Provinz Hannover bereits beschlagnahmtes Waffenlager sei von Offizieren a. D., die einer Selbstschutzorganisation angehörten, unter Zuhilfenahme von Reichswehruniformen und mit Hilfe von Studenten, die als Reichswehrsoldaten verkleidet waren, im Kantons der Beschlagnahme wieder entführt und einer bewaffneten Geheimplatzverbindung, seines Wissens in Hamburg, zugeführt worden. Die betreffenden Offiziere hätten ihm diese Begebenheit bzw. schon ihr Vorhaben vor der Auslieferung im Hotel Bristol in Hannover erzählt. Herr v. Werder hat weiter Mitteilung gemacht, die weitere Kreise interessierten direkt. Er gab an, daß solche Waffenschleubungen geheimer Organisationen, nach seiner Kenntnis, häufig vorkommen. Die Veranlasser solcher Waffenschleubungen reisten in der Regel unter falschen Namen. Auch in dem mitgeteilten Falle hätten die betreffenden Offiziere sich falsche Namen beigelegt. Seiner Freundin gegenüber will Herr v. Werder mit seiner Teilnahme an der betr. Waffenschlebung lediglich renommiert haben.

Werder erzählte noch beiläufig, in Hannover läge eine große Waffenschatulle, die der Dragesch und den ihr verwandten Organisationen im Bedarfsfalle zur Verfügung stünde. Bei der Gründung von Lokalorganisationen der Dragesch seien die Mitglieder ausdrücklich darauf hingewiesen worden.

In seiner Vernehmung sagte er ferner aus, daß er sich mit der Absicht getragen habe, in aller nächster Zeit nach Schlesien zu gehen, wo, wie ihm von befreundeten Offizieren mitgeteilt worden sei, schon mehrere tausend Offiziere der Dragesch versammelt seien.

Eine Haftbeschwerde des Herrn v. Werder wurde von der zuständigen Strafkammer des Landgerichts Weimar abgelehnt. Er wird der für seinen Wohnort zuständigen Staatsanwaltschaft in Gotha zugeführt werden.

Es wird gebeten, Mitteilungen, die zur völligen Aufhellung der anscheinend in großem Maßstabe betriebenen Waffenschleubungen beitragen können, an das thüringische Ministerium des Innern oder an die Staatsanwaltschaft in Gotha gelangen zu lassen.

Wir sind gespannt, ob es den Behörden nun gelingen wird, die Waffenlager in Hannover und Hamburg und die bewaffneten Geheimplätze aufzuspüren? Zeit wäre! Aber bisher ist bei allen solchen Affären wenig herausgekommen. Ob es aber wenigstens den Behörden, die sich das beschlagnahmte Waffenlager wieder abnehmen lassen, an den Krügen gehen wird? Denn ohne behördliche Mitwirkung ist dergleichen doch wohl nicht möglich?

Kahr als Patron der Hapag.

Berlin, 25. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Hapag hat den Ministerpräsidenten v. Kahr zur Taufe ihres am 2. Juni von Stapel gehenden neuen Passagierdampfers eingeladen. Herr v. Kahr wird die Taufpatenschaft annehmen, wenn die politische Konstellation seine Abwesenheit in Bayern gestattet.

Gewerkschaftsdisziplin und Unternehmerdespotie.

Zu den verhängnisvollsten Wirkungen des Kommunismus gehören in Mitteldeutschland die Folgen für die Gewerkschaftsbewegung. Arbeitslosigkeit Tausender, Rückgang des Ansehens der Gewerkschaften bei manchen Arbeitern und vielen Unternehmern, Nachfeldzüge des Unternehmertums und die Gefahr neuer gelber Gründungen gerade im Putschgebiet, das sind die Ergebnisse der glorreichen kommunistischen Taktik für die Gewerkschaften.

Ein Punkt sei hier besonders behandelt, weil er weit über den Rahmen der Mansfelder Verhältnisse Bedeutung gewinnt für die Taktik der Gewerkschaften und weil die Frage, die durch den Putsch aufgerollt wird, durch die wirtschaftliche Entwicklung immer wieder gestellt werden wird. Die Frage lautet: Gewerkschaftliche Betriebsdisziplin oder Unternehmerdespotie?

Der Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit bildet die Grundlage jeder modernen Gewerkschaftsbewegung. Er muß in unserer Zeit der Konzerne und Riesenbetriebe besonders scharf betont werden. Das schließt nicht aus, daß bei der technischen Betriebsführung gewisse gleichlaufende Interessen zwischen Gewerkschaft und Betriebsverwaltung bestehen. Ein moderner Großbetrieb kann nicht laufen, wenn nicht eine gewisse Disziplin in jeder Betriebsabteilung herrscht, wenn nicht ein Zusammenarbeiten der verschiedenen Arbeiter in geregelter Weise stattfindet. Die Frage ist nur: sollen diese Regeln des Zusammenarbeitens von der Betriebsleitung einseitig festgesetzt werden, oder sollen die Gewerkschaften und vor allem die Betriebsräte bei der Ausarbeitung der Arbeitsordnung weitgehendes Mitbestimmungsrecht erhalten? Selbstverständlich ist jeder moderne Gewerkschafter überzeugt, daß nur eine Mitbestimmung der Arbeiterchaft eine wirkliche Disziplin verbürgt und daß diese freiwillige Disziplin eine wichtige Vorbedingung der Sozialisierung bildet. Selbstverständlich muß dann auch die Gewerkschaft und der Betriebsrat eine gewisse Garantie für die Innehaltung der Bestimmungen übernehmen. Die Vertrauensmänner und die Räte haben für die Durchführung der Bestimmungen, an denen sie mitgewirkt, zu sorgen. Der Kampf um die Arbeitsordnung, um die Arbeitsdisziplin wird so zu einem wichtigen Teil des proletarischen Klassenkampfes. Er läuft parallel dem Kampf um den Mehrwert und neben dem Kampf um das Eigentum an den Produktionsmitteln selbst.

Dieser Kampf muß aber, wie der moderne Klassenkampf überhaupt, als organisierter Massenkampf geführt werden und darf nicht in die „direkte Aktion“ einzelner oder einzelner Gruppen ausarten. Die Gewerkschaft muß den Pöbelgeheimnissen der „Wähler“ und die Selbstsucht einzelner Berufsgruppen energisch bekämpfen und eine Gesamtdisziplin der Betriebsbelegschaft mit allen Mitteln fördern. Das geschieht nicht im Interesse des Kapitals, sondern der Arbeiterchaft selbst. Wir haben kein Interesse an der Betriebsanarchie, sondern an dem geordneten Verlauf der Produktion, die wir nur unterbrechen wollen, wenn der organisierte Kampf der Klasse es fordert.

Diese Einsenwahrheiten muß man leider wiederholen angesichts der Vorgänge in Mitteldeutschland, vor allem auf dem modernsten staatlichen Riesenbetrieb der Leunawerke. Es handelt sich hier um eine jener Kriegsunternehmungen des Staates in dem Tausende von Arbeitern bunt zusammengewürfelt aus allen Gegenden und Berufen unter einer fast militärischen Disziplin während des Krieges arbeiteten. Erst die Revolution brachte die Massen in die Gewerkschaften. Dann fanden die Unions dort einen günstigen Boden mit dem Schlagwort: Wir kämpfen ohne Unterstützungen aus Idealismus. Nachdem die Unions abgewirtschaftet, kamen die Kommunisten, die die Massen wieder in die Gewerkschaften brachten, aber als kommunistische Opposition. Der Betriebsrat war ebenfalls kommunistisch.

Es handelt sich also um eine gewerkschaftlich noch gering gesuchte, aus allen Berufen gemischte, nicht bodenständige Arbeiterchaft, um ein Komadement modernster Prägung, mit Ueberwiegen der ungelehrten Arbeiter und starkem Zustrom früher unorganisierbarer Elemente aus ökonomisch rückständigen Gegenden oder Berufen. (Aus dem Vogtland und „äunflichen“ Zimmereuten aus Hamburg.)

Starke Fluktuation kennzeichnet solche Betriebe. Dazu kommt, daß die Ueberstundenwirtschaft des Krieges in diesem Werk besonders florierte. Es waren neben den Staatsarbeitern sehr oft Angestellte von Privatbetrieben auf Montage in den Werken beschäftigt zu höheren Löhnen als die Werksarbeiter. Das reizte sehr zum „Wühlen“ und die Ueberstundenwirtschaft hand in den Leunawerken so in Blüte, daß noch voriges Jahr der kommunistische Betriebsrat die Durchführung der 48-Stunden-Woche ablehnte, die erst in diesem Jahre durchgeführt wurde.

Nun kam der Putsch, die Abhebung des Betriebsrates, seine Ersetzung durch einen Aktionsausschuß mit „radikalsten“ Elementen.